

OECD – Paris, 15. Januar 2003

Arme Landwirte profitieren von den staatlichen Agrarhilfen am wenigsten Fazit einer neuen OECD Studie

Ein Großteil der Agrarunterstützung der Regierungen geht nicht an die Landwirte, die sie am dringendsten benötigen. Darüber hinaus ist diese Unterstützung hinsichtlich der Schaffung höherer landwirtschaftlicher Einkommen ineffizient und verzerrt Produktion und Handel, so die Kernaussagen einer neuen OECD Studie.

Eine Kurzfassung des Berichts **Farm Household Incomes in OECD Countries** wird am Freitag, 17. Januar 2003 um 00:01 Uhr (23:01 Uhr GMT, Donnerstag, 16. Januar) veröffentlicht. **Anlässlich der Internationalen Grünen Woche findet am Freitag, 17. Januar 2003 um 11:30 Uhr eine Pressekonferenz in Berlin statt, bei der Prof. Stefan Tangermann, OECD Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei die Ergebnisse der Studie den Medien vorstellen wird. Ort der Pressekonferenz: ICC Messe GmbH, Messegelaende, Halle 6.3, Pressezentrum/Raum B, Berlin, Deutschland.**

Die Studie zeigt, dass der Löwenanteil der Stützung den größeren und oft auch reicheren landwirtschaftlichen Betrieben zugute kommt, weil sie überwiegend produktionsabhängig ist. Hinsichtlich der Preisstützung von landwirtschaftlichen Gütern schätzt die Studie, dass lediglich 25 % der eingesetzten Mittel bei den Bauern als Nettoeinkommenszuwachs ankommen.

Im Durchschnitt liegen die Einkommen landwirtschaftlicher Haushalte auf einem ähnlichen Niveau wie die Einkommen anderer Haushalte, stellt der Bericht fest. Ausschlaggebend dafür, dass die in der Landwirtschaft tätigen Personen solche Einkommensniveaus aufrecht erhalten können, sind aber in zunehmendem Ausmaß Löhne und Gehälter, die außerhalb der Landwirtschaft verdient werden, Investitionen und Sozialtransfers. Ähnlich verhält es sich bei den großen Einkommensdisparitäten zwischen den Landwirten. Sie werden durch außerhalb der Landwirtschaft erzielte Einnahmen verringert

Der Bericht schlägt den Regierungen effizientere Lösungswege vor, um sicherzustellen, dass die landwirtschaftlichen Haushalte über ausreichende Einkommen verfügen. Er unterliegt einer Sperrfrist bis Freitag, 17. Januar, 00:01Uhr (23:01 Uhr GMT, Donnerstag, 16. Januar).

Journalisten können ein Presseexemplar von Nicole LeVourch, OECD Pressestelle (Tel: 0033 1 4524 8088 oder mailto: nicole.levourch@oecd.org) anfordern. Kontaktstelle für Informationen über die Pressekonferenz in Berlin: Herbert Pfeiffer, OECD Berlin Centre (Tel: 0049 30 2888 3541 oder mailto: herbert.pfeiffer@oecd.org). Für weitere Informationen steht Stephen Di Biasio, OECD Pressestelle (0033 1 4524 8103 oder mailto: stephen.dibiasio@oecd.org) zur Verfügung.